



## **Kleine Anfrage**

**Robert Lambrou (AfD), Volker Richter (AfD), Gerhard Bärsch (AfD), Arno Enners (AfD), Sandra Weegels (AfD), Pascal Schleich (AfD), Christian Rohde (AfD), Bernd Erich Vohl (AfD), Patrick Schenk (Frankfurt) (AfD)**

**Folgeanfrage zu Drucksache 21/3607: Vorzeitige Zuweisung von Flüchtlingen auf die Landkreise und kreisfreien Städte**

### **Vorbemerkung Fragesteller:**

Die Landesregierung beantwortete am 20.03.2026 zu DS 21/3607 die Frage danach, warum abgefragte Daten unter anderem nach Flüchtlingen in Erstaufnahmeeinrichtungen in der einen Anfrage (nämlich DS 21/2300) mitgeteilt, in einer anderen Anfrage (DS 21/3263) jedoch verweigert wurden mit der Begründung, dass die zwar vorhandenen Daten nur der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen, nicht aber der statistischen Erhebung dienen.

Die Antwort veranlasst die folgenden Nachfragen:

### **Wir fragen die Landesregierung:**

1. Ist der Landesregierung die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bekannt, wonach grundsätzlich alle Informationen aus allen Regierungsdokumenten, außerdem das persönliche, nicht aktenkundige Wissen handelnder Personen mitzuteilen sind (vgl. BVerfGE 57, 1; 67, 100; 70, 324; 124, 161; 137, 185; 146, 1; 147, 50)?
2. Ist der Landesregierung die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bekannt, wonach eine erschwerte Zugänglichkeit oder Auswertbarkeit von Quellen im Einzelfall dazu führen mag, dass sich die Regierung auf eine Unzumutbarkeit fristgerechter Beantwortung berufen darf und sie daher eine Fristverlängerung in Anspruch nehmen darf, sie dies aber nicht von der Antwortpflicht entbindet (BVerfGE aaO.)?
3. Ist der Landesregierung die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bekannt, wonach es für die sie treffende Pflicht zur Beantwortung irrelevant ist, ob sie das Informations- beziehungsweise Kontrollinteresse insgesamt oder bezogen auf einzelne Anfragegegenstände für sachgerecht, sinnvoll oder bedeutsam hält (BVerfGE aaO.)?
4. Ist der Landesregierung die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bekannt, wonach es für die Verpflichtung der Regierung zur Beantwortung gestellter Fragen irrelevant ist, ob vorhandene Daten zur statistischen Auswertung erhoben wurden oder nicht (BVerfGE aaO.)?
5. Wie begründet die Landesregierung die der obengenannten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts klar widersprechende Praxis, vorhandene Daten auf Anfrage nicht herauszugeben?

Wiesbaden, 21. April 2026




(Robert Lambrou)



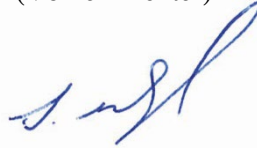
(Volker Richter)



(Gerhard Bärsch)



(Arno Enners)



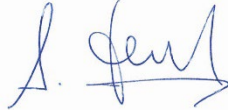
(Sandra Weegels)



(Pascal Schleich)



(Christian Rohde)



(Bernd Erich Vohl)



(Patrick Schenk)